Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Partizipation

Grundsatzpapier des BMBF zur Partizipation

Inhalt

I. Warum sollte das BMBF die Zivilgesellschaft stärker beteiligen? 1

II. Leitlinien der Bürgerbeteiligung 1

III. Die wesentlichen Partizipationsprozesse im BMBF 2

IV. Das BMBF unterstützt externe Akteure partizipativer Verfahren 6

Anhänge

Anhang I: Akteurskonstellation/Definitionen 9

Anhang II: Qualitätsstandards für die Planung und Durchführung von Partizipationsverfahren 11

Anhang III: Checkliste und Bedienungsanleitung der Checkliste 12

Anhang IV: Anbieter partizipativer Verfahren (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) 17

I. Warum sollte das BMBF die Zivilgesellschaft stärker beteiligen?

Die politische Kultur in Deutschland ist vielseitiger geworden. Hierzu gehört, dass sie vor allem auch partizipativer geworden ist. Neben der Stimmabgabe bei Wahlen, die zu den traditionellen Beteiligungsformen der repräsentativen Demokratie zählt, sind den Menschen zunehmend auch direktdemokratische Dialogverfahren als Möglichkeit sich einzubringen wichtig.[1] Die Möglichkeiten der Beteiligung sind durch die Digitalisierung erheblich gewachsen. Durch diesen Trend öffnen sich große Chancen für neue Impulse in der Forschungs- und Innovationspolitik. Das BMBF führt die Tradition der Anwendung partizipativer Formate in der Forschungs- und Innovationspolitik in dieser Legislaturperiode fort und baut sie mit neuen Formaten konsequent aus.

Denn qualitätsvolle Bürgerbeteiligung kann

- die **gesellschaftliche Relevanz** der FuI-Politik erhöhen, indem sie von der Zivilgesellschaft[2] formulierte Bedarfe berücksichtigt und ggf. die Zivilgesellschaft bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen einbindet,
- forschungspolitische **Entscheidungen nachvollziehbar** machen (Transparenz und Legitimität),
- das **Wissen der Vielen** – das große Potenzial von Bürgerwissen – nutzen (Crowd Sourcing und Citizen Science),
- **Vertrauen** schaffen und die Aufgeschlossenheit erhöhen, indem Themen frühzeitig aufgegriffen und diskutiert werden,
- **Interesse wecken** und Neugier für das Neue schaffen.

Denn nur, wenn der technologische und der gesellschaftliche Fortschritt (technology push/social innovation) auch mit den Bedürfnissen der Zivilgesellschaft (demand pull) abgestimmt wird, zeigt sich eine Gesellschaft zukunftsfähig.

II. Leitlinien der Bürgerbeteiligung

Im Feld der Forschung und Innovation bedarf es geeigneter Gremien und Prozesse, in denen Forschungsbedarfe und Innovationen beraten, geplant, erforscht und umgesetzt werden können. Bei der Anwendung partizipativer Verfahren werden folgende Leitlinien verfolgt:

1) Differenzierter Ansatz

Bereits seit vielen Jahren bringt das BMBF vielfältige Partizipationsverfahren und -formate zur Anwendung. Wichtig ist, dass ein differenzierter Ansatz verfolgt wird: Es gibt Themen, bei denen partizipative Ansätze notwendig sind (Beispiel: Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien für die Energiewende), bei anderen sind sie hilfreich, weil sie zusätzliche und fundierte Informationen liefern (Beispiel: Open Photonik), bei wieder anderen sind partizipative Ansätze nicht sinnvoll einzusetzen (Bei-

[1] Bertelsmann Stiftung (2014): Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, S. 109.

[2] Eine einheitliche Definition für den Begriff „Zivilgesellschaft“ besteht nicht. Es wird die Definition wie unter Anlage I vorgeschlagen zugrunde gelegt.

spiel: Erkenntnisgewinn in der physikalischen Grundlagenforschung[3]). Mit Blick auf **Effektivität und Zielsetzung** von Partizipation gerät stets die Frage nach den **geeigneten Formaten** in den Mittelpunkt (siehe auch Typologie und Anlage III).

2) Handlungs- und Umsetzungsrelevanz

Bei der Anwendung von partizipativen Verfahren wird das **Prinzip der Handlungs- und Umsetzungsrelevanz** zugrunde gelegt. Das heißt, Partizipation verfolgt keinen Selbstzweck, sondern muss sich an der glaubwürdigen Berücksichtigung der partizipativen Beratungsergebnisse messen lassen. Umsetzungswege, welche kommuniziert wurden, rufen eine konkrete Erwartungshaltung hervor. Die angekündigten Verfahren und Berücksichtigungsprozesse sind daher verpflichtend und sollten auf keinen Fall enttäuscht werden (siehe hierzu auch Anlage II „Qualitätsstandards für die Planung und Durchführung von Partizipationsverfahren“).

3) Grenzen der Partizipation

Die Anwendung partizipativer Formate hat auch Grenzen. So darf durch sie beispielsweise die Freiheit der Wissenschaft nicht gefährdet werden (siehe auch die sogenannte „Stock-Schneidewind[4]“-Debatte). Nicht anwendbar für die FuI-Politik ist die Partizipationsform der reinen „Inklusion“, bei der Bürgerinnen und Bürger zur direkten Mitentscheidung herangezogen werden (partizipative Demokratie). Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik haben jeweils verschiedene Rollen, die zu Beginn des Partizipationsprozesses klar herausgestellt werden müssen und die durch Partizipationsprozesse nicht vermischt werden sollten.

4) Akteurskonstellation

Je nach Partizipationsziel und -verfahren sind die zu beteiligenden Akteure auszuwählen (siehe auch Anhang I). Das Format und die Zielsetzung sollte dann Ausgangspunkt der Entscheidung sein, welche gesellschaftlichen Gruppen und Bürgerinnen und Bürger dabei – möglichst repräsentativ zur Fragestellung – einbezogen werden. Die organisierte Zivilgesellschaft kann beteiligt werden, wenn dies geeignet erscheint. Eine gesonderte Förderung von organisierter Zivilgesellschaft zum Zwecke des „Capacity Building“ wird aufgrund mangelnder Legitimität und Diskriminierbarkeit ausgeschlossen. Für die Durchführung von partizipativen Forschungprojekten steht die BMBF-Projektförderung selbstverständlich auch Vertretern organisierter Zivilgesellschaft zur Verfügung.

III. Die wesentlichen Partizipationsprozesse im BMBF

Aktuell werden im BMBF sechs Anwendungsfelder für partizipative Formate und Initiativen identifiziert (s. u. ***Tabelle 1***).[5]

---

[3] Auch bei der Grundlagenforschung ist zu differenzieren: Eine breite Partizipation kann dort sinnvoll sein, wo neue Risikohorizonte oder Konflikte erkennbar werden. Dies gilt z. B. für ethische Fragen, die in der Grundlagenforschung aufgeworfen werden, oder für Anwendungshorizonte, die sich aus der Grundlagenforschung ergeben. Die Suche nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sollte hingegen Experten vorbehalten werden.

[4] In der ZEIT-Ausgabe vom 18.09.2014 stritten der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft (BBAW), Prof. Dr. Günter Stock, und Prof. Dr. Uwe Schneidewind über das Für und Wider zivilgesellschaftlicher Beteiligung in der Wissenschaft und in der Wissenschaftspolitik: www.zeit.de/2014/39/foerdermittel-forschungsprojekte-mitspracherecht.

[5] Nicht berücksichtigt sind hier solche Beteiligungsverfahren, in denen im Sinne einer Mediation Konflikte bzgl. Infrastrukturprojekten gelöst werden sollen (z. B. Stromtrasse oder Tunnelfilter in Schwäbisch Gmünd).

A. <u>Partizipation in der Forschungspolitik</u> (Beteiligung an der Ausgestaltung der Forschungspolitik)

1.) **Strategischer Austausch** über grundsätzliche Fragestellungen

2.) Konsultation über mögliche Schwerpunktsetzungen in der Forschungsförderung (**Agenda-Setting**)

B. <u>Partizipation in der Forschung</u> (Teilhabe an Forschungsaktivitäten)

3.) Initiierung oder Förderung von partizipativ angelegten **Forschungsprojekten** mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürger in der Forschung oder Innovationsprozessen zum Mitmachen einzuladen. Zunehmend erfolgt Partizipation auch durch eigene Transferprozesse von interessierten Laien, etwa in der sogenannten Maker-Bewegung. Dabei können besonders originelle und innovative Anwendungen erschlossen werden (z. B. Make-Light-Initiative)

4.) **Transfer** von Forschungsergebnissen, indem diese im Dialog mit der Gesellschaft erläutert und vermittelt werden mit dem Ziel, Sorgen und Bedenken frühzeitig aufzunehmen und Aufgeschlossenheit für Innovationen zu fördern

C. <u>Rahmenbedingungen der Partizipation</u>

5.) Förderung der **Partizipationsforschung** und der Entwicklung neuer Partizipationsformate

6.) Setzen von **Anreizen** in der Wissenschaftslandschaft für mehr partizipative Elemente

Im Folgenden werden zu den verschiedenen Kategorien Beispiele skizziert.

zu 1: Strategischer Austausch

<u>Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“:</u>

Im Rahmen der ressortübergreifenden **Dialogreihe der Bundesregierung „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist**“ – konnten von April bis Juli 2015 in rund **100 Dialog-Veranstaltungen und auf Online-Portalen** Bürger und Bürgerinnen über **Lebensqualität** diskutieren. Darauf aufbauend werden die Bundeskanzlerin sowie die Bundesministerinnen und -minister ebenfalls Dialogveranstaltungen durchführen und darin Themen der 1. Phase aufgreifen. Ziel ist es, **Indikatoren für Lebensqualität** zu erarbeiten und diese mit Maßnahmen der Bundesregierung zu unterlegen.

<u>BMBF-Dialogreihe „ZukunftsForen“:</u>

Das BMBF führt zu ausgewählten Forschungs- und Zukunftsfragen eine eigene Dialogreihe „**ZukunftsForen**“ durch. Mit einem dreistufigen Format werden die Chancen und Risiken des Zukunftsthemas bewertet und priorisiert. Die Themen orientieren sich an der neuen Hightech-Strategie, den Ergebnissen des Vorausschau-Prozesses (Foresight) sowie an der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“.

zu 2: Agenda-Setting

<u>Nationale Plattform Zukunftsstadt (NPZ):</u>

Aufbauend auf dem HTS-Zukunftsprojekt zur „CO2-neutralen, energieeffizienten und klimaangepassten Stadt“ hat das BMBF gemeinsam mit dem BMUB, BMVI und BMWi die Nationalen Plattform Zukunftsstadt (NPZ) gegründet. In dieser arbeiteten Kommunen, Wissen-

schaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in einem Agendaprozess zur nachhaltigen Stadtentwicklung zusammen. Als Ergebnis des Prozesses wurde Anfang 2015 eine strategische Forschungs- und Innovationsagenda (FINA) vorgelegt. Sie enthält zentrale Punkte, wie Forschung zur nachhaltigen Entwicklung der Städte beitragen kann.

Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE):

Ziel der Nationalen Plattform BNE ist es, nachhaltiges Denken und Handeln in allen Bereichen des Bildungssystems fest zu verankern. Unter Vorsitz des BMBF versammelt sie 37 Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ihr arbeiten sechs Fachforen zu, die sich vor allem entlang der Lernbiografie orientieren (Frühkindliche Bildung, Schule, Berufliche Bildung, Hochschule, informelles und non-formales Lernen/Jugend sowie Kommunen) und an die derzeit zehn thematische Partnernetzwerke angegliedert sind. Um institutionell offen zu sein für möglichst viele Ideen von außen und gleichzeitig Vorschläge der Plattform, der Fachforen und Partnernetzwerke auch in breiterem Kreis diskutieren zu können, findet jährlich ein partizipativ angelegter Agendakongress statt.

zu 3: Partizipativ angelegte Forschungsprojekte (transdisziplinäre Forschung)

Citizen Science:

Mit der **Internet-Plattform** www.buergerschaffenwissen.de unterstützt das BMBF die Information über Projekte in der Bürgerforschung. Darüber hinaus wird eine **Dialogreihe** durchgeführt mit dem Ziel, über die stärkere Vernetzung und einen intensiveren Austausch zu einem gemeinsamen Verständnis von Citizen Science zu gelangen sowie einen Leitfaden zu entwickeln. Bei Citizen Science geht es um die aktive Einbindung der Akteure (Co-production).

„Wettbewerb Zukunftsstadt“:

Im Wissenschaftsjahr 2015 „Zukunftsstadt“ wurden im **Wettbewerb Zukunftsstadt** 51 Kommunen ausgewählt, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Ratsvertretern, lokalen Verbänden, Unternehmen und Wissenschaftlern eine nachhaltige und ganzheitliche Vision für ihre Stadt zu entwickeln. Das BMBF unterstützt damit langfristige Partnerschaften zwischen Bürgerinnen und Bürgern, lokaler Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft mit dem Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Fördermaßnahme „Open Photonik“:

Im Rahmen des Programms „Photonik Forschung Deutschland“ verfolgt das BMBF mit einer neuen Fördermaßnahme das Ziel, durch **Open Innovation- und Open Source-Ansätze** für neue Photonik-Komponenten und -Systeme sowie **offene Forschungsprojekte** (Bürgerforschung/Citizen Science) neue Formen der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft mit Bürgern zu ermöglichen und damit zusätzliche Innovationspfade und -potenziale im Rahmen des Förderprogramms „Photonik Forschung Deutschland“ zu erschließen.

„Maker“-Bewegung:

Der Transfer von Forschungsergebnissen in neue, oft unerwartete Anwendungen ist ein Feld, auf dem sich international immer mehr Menschen engagieren. Das BMBF unterstützt diese sogenannte Maker-Bewegung in geeigneten Themenbereichen. Mit der Initiative „MakeLight“ arbeitet die Photonik seit 2012 mit Makern zusammen und hat dabei zahlreiche Bar Camps, Online-Wettbewerbe und zuletzt beim Festival of Lights im Oktober 2015 in Berlin Workshops zum Thema „Innovation mit Licht“ durchgeführt. Dabei sind z. B. neue Ansätze zur Unterstützung behinderter Menschen entstanden.

zu 4: Transfer (Wissenschaftskommunikation)

Wissenschaftsjahre

Ziel der Wissenschaftsjahre ist es, die Öffentlichkeit stärker für Wissenschaft zu interessieren und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Insbesondere junge Menschen, aber auch Multiplikatoren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sollen für Forschungsthemen begeistert werden. So sollen Ideen für neue Initiativen in der Forschungspolitik entstehen. Die Wissenschaftsjahre verstehen sich auch als Treiber für eine inhaltliche und methodische Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation.

zu 5: Partizipationsforschung und Entwicklung neuer Partizipationsformate

Strategischer Dialog:
Mitte 2014 führte das BMBF einen **Strategischen Dialog zu „Partizipation in Forschung und Innovation"** durch und versammelte Experten aus unterschiedlichen Partizipationsbereichen zu einem Austausch in Berlin, bei dem ein Systematisierungsansatz zur Auswahl geeigneter Partizipationsverfahren sowie Qualitätsstandards und Evaluationskriterien diskutiert wurden.

ITA-Bekanntmachung:
Auch die jüngste Bekanntmachung zur **Innovations- und Technikanalyse (ITA)** hat Partizipation als eines von fünf Schlüsselthemen hervorgehoben. Im Sommer 2015 wurde die Bewilligung von vier Zwei-Jahres-Studien zu Chancen und Risiken partizipartiver Elemente bewilligt. Zudem wurden im Auswahlprozess partizipative Ansätze bevorzugt, sofern der Mehrwert eines solchen Ansatzes herausgearbeitet ist.

Hightech-Forum:
Transparenz und Partizipation gehören zu den Kernelementen der neuen Hightech-Strategie. Im Rahmen des Hightech-Forums (HTF) wird sich ein Fachforum des Gremiums mit dem Thema Partizipation und dem Anspruch der Hightech-Strategie der Bundesregierung, **Forschung in der Mitte der Gesellschaft zu verankern**, beschäftigen. Im HTF sind vier Akteursgruppen vertreten: Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik.

zu 6: Anreize setzen

Pakt für Forschung und Innovation (PFI):

Bund und Länder würdigen, dass partizipative Elemente bei den Wissenschaftsorganisationen im Pakt für Forschung und Innovation zunehmen. Für die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern an der Wissensgenerierung selbst (Citizen Science) und an der Aufstellung von Forschungsagenden gilt es, angemessene Bereiche und Wege der Beteiligung zu finden, wenn damit ein echter Mehrwert zu erwarten ist. Bund und Länder erwarten, dass sich die Wissenschaftsorganisationen an diesen Prozessen beteiligen und für den gesellschaftlichen Diskurs Impulse setzen.

Förderrichtlinien:
In der ITA Bekanntmachung 2014 wurde die Beteiligung der Zivilgesellschaft an dem geplanten Forschungsprojekt als Bewertungskriterien für die Auswahl aufgenommen.

IV. Das BMBF unterstützt externe Akteure partizipativer Verfahren

Haus der Zukunft:

Das BMBF trägt gemeinsam mit den Wissenschaftsorganisationen und Partnern aus der Wirtschaft das Haus der Zukunft, das derzeit aufgebaut wird (www.hausderzukunft-deutschland.de). Als Ort der Partizipation will das Haus dialogorientierte und partizipative Formate (Reallabore, Workshops, …) entwickeln und einsetzen, um alle Akteure zusammenzubringen und gemeinsam Lösungen für zukünftige Herausforderungen zu finden.

Wissenschaft im Dialog:

Wissenschaft im Dialog (WiD) leistet in Deutschland als gemeinsame Initiative der großen Forschungsorganisationen einen wesentlichen Beitrag zur Wissenschaftskommunikation und zu Aktivitäten auf dem Gebiet der Partizipation, insbesondere auch im Rahmen der Wissenschaftsjahre. Wichtigster Förderer ist das BMBF. WiD arbeitet gemeinsam mit vielen weiteren Akteuren an einer Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation, bietet mit Drittmittelförderung eigene partizipative Formate an und arbeitet darüber hinaus an der Entwicklung neuer Kommunikations- und Dialogformate.

Tab. 1: Typologie der Partizipation

	Bezeichnung	Zielsetzung[6]	Methode	Beispiele
A. Partizipation in der **Forschungspolitik**	**1.) Strategischer Austausch**	**Relevanz** erhöhen **Vertrauen** schaffen	**Dialog** zu übergreifenden, Querschnittsthemen ⇨ Diskussionsforen ⇨ Gremien	Regierungsstrategie „Gut Leben" „ZukunftsForen" (BMBF-Bürgerdialog) Hightech-Forum
	2.) Agenda-Setting	**Legitimität** erzeugen	**Mitgestalten** (**Co-Design**), **Konsulation** ⇨ partizipatives Agendasetting	Nationale Plattform Energiewende Nationale Plattform Zukunftsstadt
B. Partizipation in der **Forschung**	**3.) partizipative Forschungsprojekte** (transdisziplinäre Forschung)	Bürgerwissen nutzen (**crowd sourcing**)	**Mitmachen** (**Co-Production**), **Kooperation** ⇨ Bürgerforschung ⇨ Open Innovation	Förderinitiative Citizen Science Wettbewerb Zukunftsstadt, Bekanntmachung Open Photonik
	4.) Transfer (Übermittlung Forschungsergebnisse an BürgerInnen)	**Interesse** wecken	**Wissenschaftskommunikation Information/Aufklärung** ⇨ Ausstellungen ⇨ Dialogformate ⇨ Maker-Bewegung	Wissenschaftsjahre „Bürger treffen Experten"
C. **Rahmenbedingungen** d. Partiz.	**5.) Partizipationsforschung**	theoretische und konzeptionelle **Grundlage** stärken	**Analyse und Konzeption** ⇨ Forschungsförderung ⇨ Entwicklung	Strategische Dialoge Innovations- und Technikanalyse
	6.) Anreize setzen	**Anreize** schaffen	**Förderinstrumentarium** ⇨ Zielsetzungen ⇨ Bewertungskriterien	Pakt für Forschung und Innovation Förderrichtlinien

[6] Zielsetzung gem. Abschnitt I. Dabei ist jeweils nur die dominante Zielsetzung aufgeführt. Weitere Zielsetzungen sind i. d. R. gegeben.

Anhänge

Anhang I: **Akteur**skonstellation/Definitionen

Anhang II: **Qualitätsstandards** für die Planung und Durchführung von Partizipationsverfahren

Anhang III: **Checkliste** und Bedienungsanleitung der Checkliste

Anhang IV: **Anbieter** partizipativer Verfahren (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

Anhang I: Akteurskonstellation/Definitionen

Bei den anzusprechenden Akteursgruppen unterscheiden wir je nach Anliegen eines Partizipationsverfahrens:

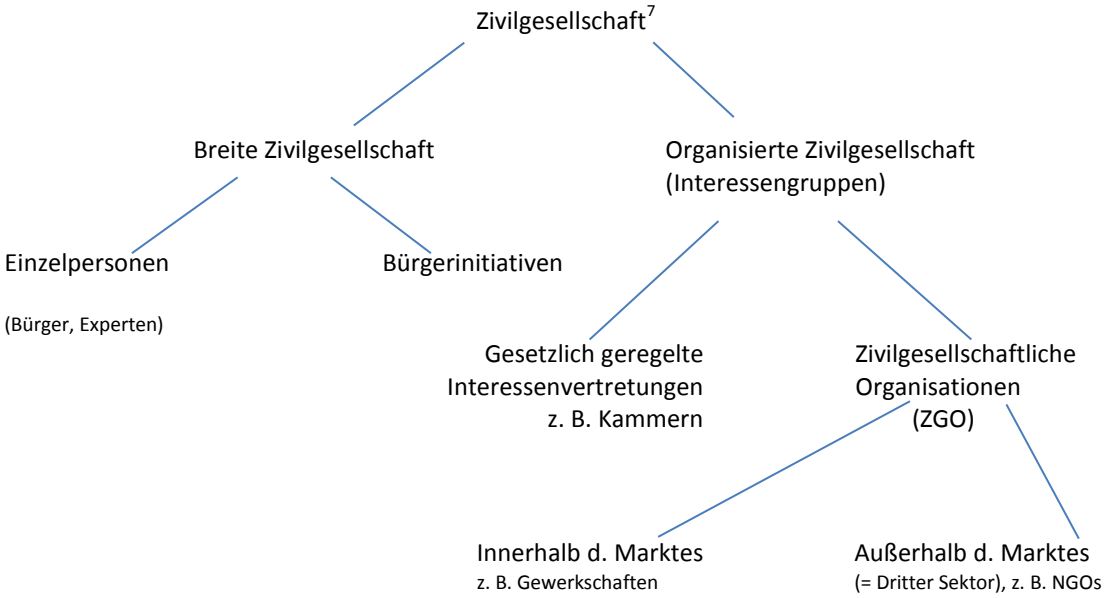

Abbildung in Anlehnung an: Kerstin Arbter, Öffentlichkeitsbeteiligung ja, aber wie? Standards für qualitätsvolle Beteiligungsprozesse, S. 4.

Zivilgesellschaft: Unter dem Begriff „Zivilgesellschaft" sind Einzelpersonen oder Personengruppen zu verstehen, die außerhalb der Verwaltung und außerhalb politischer Parteien für ihre Individualinteressen oder für Gemeinschaftsinteressen agieren. Zur Öffentlichkeit gehört sowohl die organisierte Öffentlichkeit (Interessengruppen) als auch die breite Öffentlichkeit (interessierte und/oder betroffene Einzelpersonen).

Breite Zivilgesellschaft: Der Begriff „breite Zivilgesellschaft" umfasst alle an einer Initiative interessierten Einzelpersonen. Diese können von der Initiative betroffen sein (betroffene Zivilgesellschaft) oder daran interessiert sein (interessierte Zivilgesellschaft). Sie agieren für ihre Individualinteressen und können in einer Bürgerinitiative organisiert sein.

Bürgerinitiative: Dieser Begriff bezeichnet eine Gruppe von Einzelpersonen, die sich anlassbezogen (meist anlässlich eines konkreten Projektes) organisieren, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Eine Bürgerinitiative besteht meist nur über einen begrenzten Zeitraum, solange das Projekt für sie relevant ist. Bürgerinitiativen sind Teil der breiten Zivilgesellschaft.

Organisierte Zivilgesellschaft (Interessengruppen): Unter dem Begriff „Interessengruppen" werden sowohl die gesetzlich vorgesehenen Interessenvertretungen als auch die nicht-staatlichen Organisationen der Zivilgesellschaft (zivilgesellschaftliche Organisationen, ZGO), v. a. NGOs verstanden. Die Interessengruppen werden auch als „organisierte" Zivilgesellschaft bezeichnet, in Abgrenzung vom Begriff „breite" Zivilgesellschaft. Eine Liste von Verbänden und deren Vertretungen wird regelmäßig aktualisiert vom Deutschen Bundestag herausgegeben:

---

[7] Derzeit liegt **keine einheitliche Definition des Begriffs „Zivilgesellschaft"** vor, die eine allgemeingültige Operationalisierung von Kriterien zur Abgrenzung des Konzepts Zivilgesellschaft von anderen gesellschaftlichen Einheiten zulässt. Arenhövel (2000) spricht daher *„Vom Elend der Definitionen"* und beschreibt eine *„breite ‚Grauzone' […] über die trennscharfe formale Definitionen leicht hinwegtäuschen"*.
Mit der Einbeziehung der „Zivilgesellschaft" wird meist allgemein die Verbreiterung der Basis durch Berücksichtigung einer Vielzahl von Akteuren verstanden. Beispielsweise begleitet Bundeskanzlerin Merkel die deutsche G7-Präsidentschaft mit einem umfassenden „Dialog mit der Zivilgesellschaft". Sie trifft hierfür mit Repräsentanten der Wissenschaften, der Wirtschaft und Gewerkschaften zusammen sowie mit Nichtregierungsorganisationen, Jugendlichen und Frauen aus den G7-Staaten. In der Regel wird mit dem Begriff die *organisierte* Zivilgesellschaft – also die Einbindung von Vertretern von Akteursgruppen – konnotiert, nicht die Vielzahl von Bürgern oder Bürgerinnen.

https://www.bundestag.de/dokumente/lobbyliste. Hier kann auch nach Stichworten gesucht werden.

Interessenvertretungen: Dieser Begriff umfasst die gesetzlich vorgesehenen Vertretungen, wie die Kammern als Berufsvertretungen oder als Vertretung gesellschaftlicher Gruppen außerhalb des Berufslebens.

Organisationen der Zivilgesellschaft bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO): ZGO sind freiwillige, nicht gesetzlich vorgesehene Interessengruppen. Zum Teil haben sie gemeinnützigen Charakter. Im Gegensatz zu Bürgerinitiativen bestehen sie projektunabhängig auf längere Zeit. Zu den Organisationen der Zivilgesellschaft gehören zum Beispiel (siehe Europäische Kommission 2002, S. 6):

- Organisationen innerhalb des Marktes (zumindest des Arbeitsmarktes): „Arbeitsmarktparteien" wie die Gewerkschaften und die Industriellenvereinigung,
- Organisationen außerhalb des Marktes (= der sogenannte „Dritte Sektor", d. h. gemeinnützige Organisationen; Non-Profit-Sektor, der weder marktorientierte noch staatliche Teil einer Volkswirtschaft),
    - Vertretungsorganisationen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, z. B. Verbraucherorganisationen,
    - NGOs, in denen Menschen gemeinsame Ziele verfolgen, z. B. Umweltorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtseinrichtungen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen,
    - Organisationen, die aus der Mitte und von der Basis der Gesellschaft her entstehen und mitgliederorientierte Ziele verfolgen, z. B. Jugendorganisationen, Familienverbände und alle Organisationen, über die die Menschen am Leben in den Kommunen teilnehmen können (sog. Community Based Organisations, CBOs),
    - Religionsgemeinschaften.

Anhang II: Qualitätsstandards für die Planung und Durchführung von Partizipationsverfahren

Allgemeine Qualitätsstandards für die Planung und Durchführung von Partizipationsverfahren lassen sich anhand von acht Aspekten verdeutlichen:

Qualitätskriterium	Beschreibung	Nutzen
Transparenz	In Bezug auf • das Verfahren (Gestaltung, Einbeziehung der Akteure), • der Ziele und • der Verwendung bzw. den Umgang mit den Ergebnissen	• Aktivierung der Akteure zu Beginn des Verfahrens • Motivation der Akteure während des Verfahrens • Akzeptanz des Verfahrensausgangs
Klarheit der Zielstellung	• konkrete Kommunikation der Zielvorstellungen an alle Akteure • evtl. unterschiedliche sprachliche oder inhaltliche Zugänge berücksichtigen	• eindeutige Richtungsvorgabe für den Arbeitsauftrag
Ergebnisoffenheit	• Erfahrungen und Wissen der Beteiligten einfließen lassen • Ergebnisse entstehen im Prozess und in Bezug auf Zielrichtung, sie sind nicht vordefiniert	• Motivation der Akteure während des Verfahrens • Akzeptanz des Verfahrensausgangs
Klare Prozessverantwortung	• zu Beginn des Verfahrens festgelegt und institutionell verankert • wenn Auftraggeber Verantwortung für den Prozess abtritt, kann er selbst im Verfahren partizipieren	• Unabhängigkeit des Auftraggebers • Schaffung eines *Level Playing Fields* für alle Beteiligten (gleiche Voraussetzungen, gleiche Diskussionsebene)
Klare Verfahrensregeln	• Festlegung zu Beginn des Verfahrens • Regeln für den Ablauf des Gesamtverfahrens, die Formate und Instrumente sowie den Umgang zwischen Akteuren	• Schaffung eines *Level Playing Fields* für alle Beteiligten (gleiche Voraussetzungen, gleiche Diskussionsebene)
Rollenklarheit	• klare Zuweisung der Rollen für jeden einzelnen Akteur und Bekanntmachung an alle Beteiligten	• Sicherstellung der Verfahrensordnung • Anpassung der Erwartungshaltungen
Mandatierung	• Zuteilung von Zuständigkeiten, Aufgaben, Pflichten und Rechten • Mandate müssen den Kompetenzen der Akteure angemessen sein und offen an jeden kommuniziert werden	• Handlungsfähigkeit in Konfliktsituationen
Ansprechpartnerinnen oder -partner	• Kontaktpersonen für spezifische Akteursgruppen benennen	• effiziente und zielgerichtete Kommunikation

Quelle: Rambøll 2014: Handlungsempfehlungen | Strategischer Dialog „Partizipation in Forschung und Innovation“, S. 4 (tabellarisch zusammengefasst).

3. Typologie der Partizipation					4. Checkliste/Prüfraster						
	Ebene	**Ziel**	**Methode**	**Beispiele**	**Wozu?** (Verwertung)	**Worüber** (Thema)	**Wann?** (Phase)	**Wie?** (Format)	**Wer?** (ges. Vertreter)	**Wieviel?** (ges. Vertreter)	Zu welchen **Kosten?**
Unterschiedliche Zielsetzungen bedürfen unterschiedlicher Herangehensweisen. Eine grobe Kategorisierung kann helfen, schneller die richtigen Formate und Methoden zur Umsetzung zu wählen. Die u. g. Typologie soll helfen zu erkennen, auf welcher Ebene die geplante Initiative anzusiedeln ist. **Dabei sind Ziele, Methoden und Beispiele sicherlich unvollständig und nicht immer eindeutig zugeordnet. Auch sind die Kategorien „Methode" und „Format" nicht immer trennscharf voneinander abzugrenzen.**					*Beispielkategorien:* • *Transparenz* • *Strategie-entwicklung* • *Förderimpulse* • *Nachhaltigkeit*	*Beispielkategorien:* • *allg. Wissensstand* • *festgefahrene Ansichten* • *bestehende Regelungen, Normen* • *komplex* • *kontrovers*	*Beispielkategorien:* • *Vorbereitungsphase* • *x Jahre vor der Bekanntmachung* • *begleitend* • *spezifische Zeitpunkte*	*Beispielkategorien:* ***hier nur exemplarisch; weitere Beispiele*** ***s. S. 13 ff.***	*Beispielkategorien:* • *BürgerInnen* • *InteressenvertreterInnen:* - *NGOs* - *Privatwirtschaft* - *Interessenverbände* • *ExpertInnen* • *PolitikerInnen*	• *bis zu 30* • *bis zu 70* • *bis zu 1200* • *über 1200* • *projektab-hängig*	• *gering* • *mittel* • *hoch*
A. Partizipation in der **Forschungspolitik**	**1) Strategischer Austausch**	**Relevanz** **Vertrauen**	**Dialog** zu übergreifenden, Querschnitts-themen ⇨ Disk.Foren ⇨ Gremien	– Regierungs-strategie „Gut Leben" – „ZukunftsForen" (BMBF-Bürgerdialog)	Neue Themen/ Fragestellungen für neue **Strategie**/ Forschungspro-grammatik	Grundsatzfragen kontrovers komplex	Vorbereitungsphase (1 LP vorher)	Bürgerdialog	BürgerInnen InteressenvertreterInnen PolitikerInnen ExpertInnen	*>1200*	hoch
				– Hightech-Forum		Grundsatzfragen bestehende Regelungen	Vorbereitungsphase (1 LP vorher)	Beratungsgremium/ Arbeitsgruppen	Experten	30–70	gering
	2) Agenda-Setting	**Legitimität** erzeugen	**Mitgestalten** (**Co-Design**), **Konsulation** ⇨ partizipatives Agendasetting	– Nationale Plattform Energiewende – Nationale Plattform Zukunftsstadt	Themen/ Fragestellungen/ Spezialaspekte für neue **Förder-richtlinien**	spezifische Fragen bestehende Regelungen	1/2–1 Jahr vor Bekanntmachung	Beratungsgremium/ Arbeitsgruppen	Experten	*<30*	gering
								Stakeholder-Forum	Nutzer, Betroffene, interessierte Öffentlichkeit, Vertreter (ZGO)	*>1200*	hoch
B. Partizipation in der **Forschung**	**3)** partizipative **Forschungs-projekte** (transdisziplinäre Forschung)	Bürger-wissen nutzen (**Crowd Sourcing**)	**Mitmachen (Co-Production**), **Kooperation** ⇨ Bürgerforsch. ⇨ Open Innov.	– Förderinitiative Citizen Science – Wettbewerb Zukunftsstadt, – Bekanntmachung Open Photonik	Quelle für Daten und **Ideen** für Wissenschaftler und Innovatoren	spezifische Fragen	begleitend	Bürgerdialog	Nutzer, Betroffene, interessierte Öffentlichkeit Wissenschaft	projektabhängig	mittel
								Zukunftswerkstatt/ Reallabore	BürgerInnen InteressenvertreterInnen PolitikerInnen ExpertInnen	projektabhängig	hoch
								Crowdsourcing Co-creation	Nutzer, Betroffene, interessierte Öffentlichkeit Wirtschaft	projektabhängig	mittel
	4) Transfer Übermittlung Forschungser-gebnisse	**Interesse** wecken	**Wissenschafts-kommunikation Information/Auf-klärung** ⇨ Ausstellungen ⇨ Dialogformate	– Wissenschafts-jahre – „Bürger treffen Experten"	Öffentlichkeits-arbeit, **Wissenschafts-kommunikation**, Fachinformation	allg. Wissensstand kontrovers komplex	nach Vorliegen der (Zwischen-)Ergebnisse	Bürgerdialog Barcamp	Breite Öffentlichkeit; oder Multiplikatoren	*>1200*	mittel
C. **Rahmenbedingungen** der Partizipation	**5) Partizipa-tions-forschung** (Partizipations-forschung)	Theoreti-sche **Grundlage**	**Analyse** ⇨ Forschungsför-derung	– Strategische Dialoge – Innovations- und Technikanalyse	Entwicklung neuer Partizipations-**formate**/ Leitlinien	allg. Wissensstand	2–3 Jahre vorher	Fokusgruppen Projektförderung	Wissenschaftler/ Partizipationsexperten	<30	mittel
	6) Anreize setzen	**Anreize** schaffen	**Förderinstru-mentarium** ⇨ Zielsetzungen ⇨ Bewertungs-kriterien ⇨ Trainings	– Pakt für Forschung und Innovation – Förderrichtlinien – GEWISS	PFI-Monitoring; Auswahlkriterien; Förderung der partizipativen Kompetenzen	allg. Wissensstand	langfristig begleitend	Kommunikation Transparenz Design des Förder-instrumentariums Monitoring Trainings	Projekt-/Programm-verantwortliche in den wiss.Organisationen	*<30*	mittel

Bedienungsanleitung:

Vorbemerkung: **Die Beispiele zur Partizipation in der Checkliste sind nach dem Schwerpunktprinzip zugeordnet.** Sie schließen sich nicht gegenseitig aus und sind insgesamt nicht erschöpfend. So fällt etwa die Schaffung von Anreizen für Partizipation in der Forschung in neuen Förderrichtlinien sowohl unter den Typ Rahmenbedingungen der Partizipation als auch Partizipation in der Forschung, da solche Anreize einerseits indirekte Maßnahmen des BMBF darstellen aber gleichzeitig auf Mitgestaltung in der Forschung abzielen.

Schritt 1:

Prüfen Sie zunächst um welchen **Typ der Partizipation** es sich handelt. Zielsetzung, Methode und Beispiele können helfen, das Anliegen richtig einzuordnen.

Partizipation in Forschung und Innovation lässt sich aus Sicht der Politik grundsätzlich in drei **Handlungsdimensionen** gliedern:

A. Partizipation in der Forschungspolitik

B. Partizipation in der Forschung

C. Rahmenbedingungen der Partizipation

Jede der drei Typen beinhaltet Handlungsansätze, um Partizipation zu stärken und zu fördern. Diese Handlungsansätze finden sich auf unterschiedlichen Ebenen wieder und haben unterschiedliche Ziele, welche wiederum die Methode bestimmen.

Schritt 2:

Die **Checkliste** gibt mögliche für den gewählten Partizipationstyp vorstrukturierte Antworten zur konkreten Ausgestaltung des partizipativen Verfahrens. Diese sollen Orientierung bei der Ausgestaltung von Partizipationsmaßnahmen bieten.

Mit der Frage nach dem Verwertungsziel *(Wozu?)* kann die Verortung innerhalb der Typologie (Schritt 1) noch einmal überprüft werden. In einem nächsten Schritt soll die Frage nach dem Thema *(Worüber?)* der Partizipation aus der Sicht des Ministeriums bzw. der Fachreferate beantwortet werden. Je nach Ebene der Partizipation kann eine zeitliche Einordnung der Partizipationsmaßnahme vorgenommen werden *(Wann?)*. Nach dieser Vorselektion bieten sich verschiedene Formate der Partizipation an *(Wie?)*.

Beispielhaft sind in der Checkliste und ab Seite 13 ff. einige Formate aufgeführt.

Je nach Format und Zielrichtung sind unterschiedliche Gruppen in den Partizipationsprozess einzubinden *(Wer? Wieviel?).* Die Komplexität der Maßnahme bestimmt schließlich die Kosten *(Zu welchen Kosten?)*

Kurzerläuterung ausgewählter Partizipationsformate

Format	Kurzbeschreibung
Arbeitsgruppe	Eine Arbeitsgruppe ist eine Organisationseinheit, bei der mehrere Personen in Form der Gruppenarbeit eine gemeinsame Aufgabe bearbeiten. Jedes Mitglied muss die Möglichkeit haben, mit jedem anderen Mitglied unmittelbar in Kontakt zu treten. Durch die unterschiedlichen Beiträge der einzelnen Mitglieder (jeder hat in einem anderen Bereich bestimmtes Wissen oder Erfahrungen oder setzt eigene Akzente) kann eine optimierte Aufgabenlösung entstehen.
Barcamp	BarCamps sind 1- bis 2-tägige Ganztagesveranstaltungen. Sie adaptieren das Format des „Open Space" für das Internet-Zeitalter. Wie bei der Wikipedia kann hier jeder mitmachen und aktiv sein (Fach-)Wissen einbringen, der sich vom gesetzten Themenschwerpunkt des jeweiligen Camps angesprochen fühlt. Alle TeilnehmerInnen entscheiden gemeinschaftlich, was diskutiert und erlebt wird.
Bürgerausstellung	Die Bürgerausstellung verbindet partizipative und ästhetische Elemente, um unterschiedliche persönliche Perspektiven, Haltungen und Wünsche visuell greifbar und erlebbar zu machen. Grundgedanke der Bürgerausstellung ist es, Einstellungen, Ziele und Motivationen von Interessengruppen zu präsentieren und einen verständnisvollen, öffentlichen Dialog darüber zu ermöglichen.
Bürgerdialog	Der Bürgerdialog ist ein Beteiligungs- und Diskussionsformat für Großgruppen. Anhand einer konkreten Fallbearbeitung/einer Fragestellung werden Bürgerinnen und Bürger an der strategischen Entwicklung bzw. am Controlling einer bestehenden Strategie beteiligt.
Bürgerpanel	Bei einem Bürgerpanel handelt es sich um eine ein- oder mehrfache Wiederholung einer „repräsentativen Befragung".
Citizens' Jury/Planungszelle	Die Planungszelle ist eine Gruppe von Bürgern, die nach einem Zufallsverfahren ausgewählt und für begrenzte Zeit von ihren arbeitstäglichen Verpflichtungen vergütet freigestellt worden sind, um, assistiert von Prozessbegleitern, Lösungen für vorgegebene, lösbare Planungsprobleme zu erarbeiten.
Charrette	Das Charrette-Verfahren – wörtlich: „Handkarren-Verfahren" – besteht aus einem intensiven Face-to-face-Prozess, bei dem es darum geht, unter Mitgliedern verschiedener sozialer Gruppierungen in kurzer Zeit einen Konsens zu erzielen.
Crowdsourcing	Einzelne Aufgaben, die bisher intern bearbeitet wurden, werden an eine Vielzahl von Nutzern oder Interessenten ausgelagert und häufig in Form eines Wettbewerbes ausgeführt. Die Aufgabe kann sich dabei sowohl auf eine Innovation beziehen oder aber auch bereits bestehende operative Aktivitäten oder Produkte.
Deliberative Polling	Anhand der Methode kann ermittelt werden, welcher Zusammenhang zwischen Meinungen und Faktenwissen besteht. Die zufällig ausgewählte Stichprobe wird zu einem bestimmten Thema befragt. Nach dieser ersten Befragung werden die TeilnehmerInnen eingeladen, sich in einer mehrtägigen Veranstaltung zu dem Thema auszutauschen. Dazu werden ihnen Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt, die auch öffentlich zugänglich sind. Unter Anleitung eines Moderators

	entwickeln die TeilnehmerInnen in kleinen Gruppen Fragen, die sie im Anschluss einer Expertengruppe stellen. Nach dieser Phase der Information und Diskussion erhalten die TeilnehmerInnen erneut den Fragebogen, den sie schon zu Beginn des Verfahrens ausgefüllt haben. Ergeben sich Verschiebungen zwischen den beiden Befragungsrunden, werden diese auf den Wissensgewinn der TeilnehmerInnen zurückgeführt.
Delphi-Verfahren	Die Delphi-Befragung ist ein mehrstufiges Befragungsverfahren, bei dem Experten Prognosen zu einem bestimmten Thema abgeben. Die Fragebögen werden in Abhängigkeit von den Antworten der Befragten während des gesamten Prozesses weiterentwickelt.
Fokusgruppen	Fokusgruppen sind eine Forschungsmethode, bei der Diskussionsgruppen, die anhand bestimmter Kriterien zusammengestellt werden, durch einen Informationsinput zur Diskussion über ein bestimmtes Thema angeregt und durch einen Moderator betreut werden.
Konsensuskonferenz	Die Konsensuskonferenz eignet sich zur Bearbeitung brisanter Themen durch interessierte Laien mit Unterstützung durch Expertinnen und Experten sowie zum Ausloten der öffentlichen Meinung zu einer bestimmten Fragestellung. Ausgewählte heterogen zusammengesetzte Bürgergruppen erarbeiten in intensivem Dialog mit Expertinnen und Experten eine Antwort auf eine kontrovers diskutierte Frage.
Mediation	Die Methode eignet sich zur strukturierten Bearbeitung von latenten oder offenen Konflikten bei konkreten Planungsverfahren und Problemstellungen. Ebenso eignet sie sich dazu, Konfliktparteien bei der Erreichung einer einvernehmlichen Lösung zu unterstützen. Eine Mediation ist ein freiwilliges, klar strukturiertes Verfahren, bei dem die von einem Konflikt Betroffenen gemeinsam nach einer dauerhaften Lösung suchen und dabei von professionellen Mediator/innen unterstützt werden.
Neo-Socratischer Dialog	Der Neo-Sokratische Dialog ist ein Instrument zur Diskussion genereller, meist ethisch-philosophischer Grundsatzfragen mit BürgerInnen. Eine Kernfrage zu dem zu behandelnden Thema wird so klar und einfach wie möglich formuliert. Danach werden passende Erfahrungsbeispiele der Teil-nehmerInnen gesammelt. Ein Beispiel wird ausgewählt und bildet die Basis für die weitere Analyse und Argumentation. Annahmen, Gründe und Standpunkte werden dabei kritisch durchleuchtet und der Gesprächsverlauf dokumentiert.
Open Innovation	Unter Open Innovation ist die Öffnung des Innovationsprozesses und gezielte Nutzung externer Informationsquellen (outside-in) zur Entwicklung von Innovationen unter Einbeziehung des internen Innovationsmanagements zu verstehen.
Open Space	Die Open Space Methode ermöglicht es, komplexe Fragestellungen mit einer großen Zahl an Beteiligten zu bearbeiten. Open Space eignet sich als Initialzündung für ein Vorhaben, das mit einer Ideensammlung auf breiter Basis beginnen soll und bei dem viele unterschiedliche Personen an einem komplexen Thema arbeiten. Bei einer Open Space Konferenz gibt es ein Leitthema, aber keine festgelegten Referent/innen oder vorbereitete Arbeitsgruppen. Die Teilnehmenden

	bestimmen selbst, wer wie lange zu welchen Themen arbeiten möchte.
Partizipative Evaluierung (PAME – Participatory Assessment, Monitoring and Evaluation)	Die Anwendung des partizipativen Ansatzes kann im Idealfall bedeuten, dass die Evaluatoren gemeinsam mit den Evaluierten einen Vorschlag für die Vorgehensweise der Evaluation, die Evaluationskriterien, die einzubeziehenden Akteure etc. erarbeiten und mit den Auftraggebern abstimmen.
Reallabor	Ein Reallabor bezeichnet einen gesellschaftlichen Kontext, in dem Forscherinnen und Forscher Interventionen im Sinne von „Realexperimenten" durchführen, um über soziale Dynamiken und Prozesse zu lernen.
THANCS	Der Begriff THANCS steht für„ Thriving for Awareness for Non-Conflicting Strategies" und kann als eine Option beschrieben werden, um mit den sich aus einem nachhaltigen Lebensstil ergebenden Spannungen umzugehen. THANCS ist eine Methode, die es ermöglicht, zur Ebene der Bedürfnisse vorzudringen.
Technologiefestival	Ein Technologiefestival ist ein umfassendes, leicht zugängliches öffentliches Ereignis zu einem klar definierten Thema. Ein Festival besteht üblicherweise aus einer gelungenen Mischung aus Information, Unterhaltung und Aktivitäten zur öffentlichen Meinungs- und Bewusstseinsbildung.
Weltcafé (World Café)	Bei einem World Café kommen die TeilnehmerInnen in Kleingruppen von vier bis sechs Personen zusammen, um sich in ungezwungener Kaffeehausatmosphäre zu einem vorgegebenen Thema auszutauschen. Die Diskussion findet in aufeinanderfolgenden Gesprächsrunden von 20 bis 30 Minuten statt. Am Ende werden die Diskussionsergebnisse im Plenum gesammelt und reflektiert.
Zukunftswerkstatt	Bei der Zukunftswerkstatt geht es darum, Visionen entwickeln zu wollen, z. B. bei der Erstellung von Leitbildern, Entwicklungsszenarien, Zukunftsprojekten, etc. In einer Zukunftswerkstatt werden die Teilnehmenden unter Einbezug einer Moderation durch eine kreativitätsfördernde Atmosphäre angeregt, fantasievolle und ungewöhnliche Lösungen für aktuelle Fragestellungen zu entwickeln.
21st Century Town Meeting®	Das 21st Century Town Meeting® – wörtlich: „Stadtversammlung des 21. Jahrhunderts" – ist ein Forum, das Technik mit Kleingruppen- und Face-to-Face-Gesprächen verbindet, um gleichzeitig tausende Menschen (bis zu 5.000 Personen pro Versammlung) zur Beratung komplexer politischer Fragen zu versammeln. Durch eine Kombination aus Abfragen per Abstimmungstastatur („Keypad Polling"), der Verwendung kollaborativer Software (sog. „Groupware"), Großbildprojektionen, Telekonferenzen und anderer Technologien ermöglichen es 21st Century Town Meetings, gleichzeitig an intimen Diskussionen teilzunehmen und zur Bildung eines kollektiven Verständnisses einer sehr großen Gruppe beizutragen.

Für Detail- und weitere Formatbeschreibungen siehe u. a. :

- Steyaert, Stef/Lisoir, Hervé/Nentwich, Michael (Hrsg.) 2006: Leitfaden Partizipativer Verfahren. Ein Handbuch für die Praxis. Online verfügbar unter: http://epub.oeaw.ac.at/0xc1aa500d_0x0010b22c
- Partizipation & Nachhaltigkeit in Europa: http://www.partizipation.at/home.html
- Beteiligungskompass der Bertelsmann-Stiftung: http://www.beteiligungskompass.org/

Anhang IV: Anbieter partizipativer Verfahren (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

Quelle: Rambøll 2014: Handlungsempfehlungen | Strategischer Dialog „Partizipation in Forschung und Innovation“, S. 24.

Institution	Expertise	Web-Auftritt	AnsprechpartnerIn	Kontakt
Acatech	Plattform Energiewende	*www.**acatech**.de*	Dr. Ulrich Glotzbach	glotzbach@acatech.de
Akademie für Politische Bildung Tutzing	Politiksimulationen/ Planspielen als partizipative Veranstaltungsformate, Mitausrichter „Parlament der Generationen" im WJ13	*www.apb-tutzing.de*	Prof. Dr. Ursula Münch	u.muench@apb-tutzing.de
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.	Methoden, Instrumenten und Prozesse, die Diversity für Organisationen zugänglich und nutzbar machen, Instrumente für bedarfsorientierte Forschungsplanung	*www.fraunhofer.de*	Prof. Dr. Martina Schraudner	martina.schraudner@zv.fraunhofer.de
INFU Institut für Umweltkommunikation	Bildungs- und Partizipationsprozesse im Kontext globaler Umweltveränderungen und der nachhaltigen Entwicklung	*www.leuphana.de/institute/infu.html*	Prof. Dr. Gerd Michelsen Prof. Dr. Andreas Möller (Leitung)	michelsen@uni.leuphana.de amoeller@uni.leuphana.de
Institut Futur	Forschung zu Transfer von Wissen und Innovationen, Zukunftsforschung	*www.ewi-psy.fu-berlin.de/einrichtungen/weitere/institut-futur*	Bernd Stegmann	stegmann@institutfutur.de
ISOE–Institut für sozial-ökologische Forschung	Qualitätskriterien und Evaluation transdisziplinärer Forschung sowie an Fragen zu Instrumenten und Methoden der transdisziplinären Forschung	*www.isoe.de*	Prof. Dr. Matthias Bergmann	bergmann@isoe.de
IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung	Nachhaltige Entwicklung, Lokale Agenda 21, Zukunftsforschung, Politische Partizipation, Technikfolgenabschätzung, Globalisierung	*www.izt.de*	Dr. Edgar Göll	e.goell@izt.de
Leopoldina	Wissenschaft, Politik, Gesellschaft	*www.leopoldina.org*	Dr. Constanze Breuer	constanze.breuer@leopoldina.org
RWTH Aachen	Gestaltung, planungsbezogener Kommunikation, Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover	*www.rwth-aachen.de*	Prof. Dr. Klaus Selle	selle@pt.rwth-aachen.de
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.	Erforschung und Entwicklung partizipativer Wissenschaftsansätze	*www.vdw-ev.de*	Dr. Steffi Ober	steffi.ober@forschungswende.de steffi.ober@nabu.de
Zentrum Technik & Gesellschaft, TU Berlin	Prozesse der Stadt- und Regionalentwicklung	*www.tu- ber-lin.de/ztg*	Dr.-Ing. Carolin Schröder	c.schroeder@ztg.tu-berlin.de
ZIRIUS (Zentrum für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung) Universität Stuttgart	Wirkung und Effektivität von Dialog- und Beteiligungsformaten, „Wissenschaft debattieren!“, “Schaufenster Elektromobilität”	*www.zirius.eu*	Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn Dr. Rüdiger Goldschmidt Dr. Marlen Niederberger	sekretariat.renn@sowi.uni-stuttgart.de goldschmidt@soz.uni-stuttgart.de marlen.niederberger@zirius.uni-stuttgart.de
International				
Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur	Wissenschafts-, Risiko- und Gesundheitskommunikation Politische Kommunikation Neue Informations- und Kommunikationstechnologien	*http://www.htwchur.ch*	Prof. Dr. Urs Dahinden	urs.dahinden@htwchur.ch
TA-SWISS (Zentrum für Technologiefolgenabschätzung) Schweiz	Partizipative Verfahren zur Technikfolgenabschätzung, Technikvorausschau, Foresight und Trendscouting, demografischer Wandel, Analyse von Innovationsprozessen und -systemen	*https://www.ta-swiss.ch*	Dr. Sergio Bellucci	sergio.bellucci@ta-swiss.ch